



## Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht

|                                                            |                              |                             |
|------------------------------------------------------------|------------------------------|-----------------------------|
| Sitzungsort:<br>Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG |                              | Sitzung-Nr.:<br>VPA/03/2025 |
| Sitzungsdatum:<br>Donnerstag, 17.07.2025                   | Sitzungsbeginn:<br>16:00 Uhr | Sitzungsende:<br>17:30 Uhr  |

### Teilnehmerverzeichnis

| Vorsitz                            |                                                 |
|------------------------------------|-------------------------------------------------|
| Oberbürgermeister Dr. Michael Kern |                                                 |
| Ausschussmitglieder                |                                                 |
| Herr Stadtrat Alfred Grob          |                                                 |
| Herr Stadtrat Stephan Ertl         |                                                 |
| Herr Stadtrat Albert Wittmann      |                                                 |
| Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner  |                                                 |
| Frau Stadträtin Petra Volkwein     | Vertretung für Herrn Stadtrat Klaus Mittermaier |
| Herr Stadtrat Jochen Semle         |                                                 |
| Frau Stadträtin Barbara Leininger  |                                                 |
| Frau Stadträtin Angela Mayr        | ab 16:21 Uhr, TOP 1                             |
| Herr Stadtrat Günter Schülter      |                                                 |
| Herr Stadtrat Jürgen Köhler        |                                                 |
| Frau Stadträtin Francesca Pane     |                                                 |
| Frau Stadträtin Veronika Hagn      |                                                 |
| Entschuldigt                       |                                                 |
| Herr Stadtrat Klaus Mittermaier    |                                                 |

**Tagesordnung:**

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Öffentliche Sitzung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | 3  |
| 1 . Überprüfung von KW-Stellen für den Stellenplan 2026<br>(Referent: Herr Kuch)<br>Vorlage: V0269/25                                                                                                                                                                                                                                | 3  |
| 2 . Konsolidiertes Planstellenverfahren für den Stellenplan 2026<br>(Referent: Herr Kuch)<br>Vorlage: V0460/25                                                                                                                                                                                                                       | 4  |
| 3 . Errichtung einer viergruppigen Kindertageseinrichtung im Gebäude der Heilig-Geist-Spital-Stiftung, Fechtgasse 1, 85049 Ingolstadt, durch Anmietung der notwendigen Innenräume, sowie einer zusätzlichen Spielfläche auf dem Grundstück der Canisius-Stiftung<br>(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Kuch)<br>Vorlage: V0145/25 | 11 |

Oberbürgermeister Dr. Kern eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht ist damit beschlussfähig.

Danach gibt der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung)

**Öffentliche Sitzung****Beratend****1 . Überprüfung von KW-Stellen für den Stellenplan 2026  
(Referent: Herr Kuch)  
Vorlage: V0269/25**Antrag:

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass mit auslaufenden KW-Stellen ab dem Stellenplan 2026 grundsätzlich nach folgender Systematik umgegangen werden soll:
  - 1.1 Kategorie 1: Bei KW-Stellen im **Pflichtaufgabenbereich**, bei denen der KW-Vermerk ursprünglich damit begründet war, dass zunächst die Fallzahlen beobachtet werden sollen, werden zur Verstetigung vorgeschlagen, wenn die Fallzahlen den Bedarf weiterhin bestätigen.
  - 1.2 Kategorie 2: Bei KW-Stellen im **Pflichtaufgabenbereich**, denen projekthafte Aufgaben zu Grunde liegen, wird
    - der Einzug der KW-Stelle vorgeschlagen, wenn das Projekt zu Ende ist,
    - die Verlängerung des KW-Vermerks vorgeschlagen, wenn das Projekt verlängert wird,
    - die Verstetigung der KW-Stelle vorgeschlagen, wenn sich bestätigt, dass es sich nicht mehr um Projektarbeiten, sondern Linienaufgaben handelt.
  - 1.3 Kategorie 3: Bei KW-Stellen im **freiwilligen Bereich**, die zu mindestens 50% gefördert werden, wird
    - die Verlängerung der KW-Stelle vorgeschlagen, wenn die Förderung verlängert wird,
    - der Einzug der KW-Stelle vorgeschlagen, sobald die Förderung ausgelaufen ist.
  - 1.4 Kategorie 4: Bei KW-Stellen im **freiwilligen Bereich**, ohne eine zugrundeliegende Förderung von mindestens 50 %, wird grundsätzlich der Einzug der KW-Stelle vorgeschlagen.
  - 1.5 In begründeten Einzelfällen kann dem Stadtrat eine von der oben dargestellten Systematik abweichende Vorgehensweise vorgeschlagen werden.
2. Der Stadtrat stimmt dem auf Grundlage der in Ziffer 1 dargelegten Prämissen erarbeiteten Vorschlag der Verwaltung zum Umgang mit den Planstellen mit einem KW-Vermerk 31.12.2025, wie im Kurzvortrag im Detail dargestellt, zu.

*Die Beschlussvorlagen **V0269/25** und **V0460/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

**Beratend****2 .      Konsolidiertes Planstellenverfahren für den Stellenplan 2026  
(Referent: Herr Kuch)  
Vorlage: V0460/25**Antrag:

Der Stadtrat stimmt zu, dass die im Kurzvortrag vorgeschlagenen 14 Planstellenanträge im Rahmen des vom Stadtrat im Dezember 2024 (V0880/24) beauftragten und im April 2025 beschlossenen neuen stellenplanneutralen Planstellenverfahrens geschaffen werden. Die Schaffung dieser Planstellen führt nicht zur Ausweisung zusätzlicher Planstellen im Stellenplan 2026, da die Mehrbedarfe durch den Einzug von KW-Stellen, disponiblen Stellen, dauerhaft unbesetzten Stellen und die Verwendung von Vorratsstellen kompensiert werden.

*Die Beschlussvorlagen **V0269/25** und **V0460/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Auf Wunsch von Stadtrat Wittmann wird die Zuständigkeit des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht besprochen.

Stadtrat Wittmann stellt fest, dass die Zuständigkeit dieses Ausschusses nicht konkret genug definiert sei. Zum Beispiel habe der Ausschuss bisher immer die Stellvertretung eines Referenten behandelt. Er stellt in Frage, weshalb die Stellvertretung von Herrn Kuch in diesem Fall nicht in diesem Ausschuss behandelt werde.

Herr Kuch informiert, dass es sich hierbei um eine reine interne Stellvertretung innerhalb des Referates I handle. In der Referentenbesprechung sei zusammen mit dem Stadtdirektor entschlossen worden, dass im Vertretungsfall gegenüber dem Stadtrat die Stadtspitze genommen werde und die Vertretung kraft Amtes nicht durch den Stadtrat zu beschließen sei.

Stadtrat Wittmann bemängelt, dass der Ausschuss trotzdem informiert werden müsse.

Herr Kuch stellt klar, dass eine Prüfung durch den Stadtdirektor ergeben habe, dass eine Vertretung gegenüber dem Stadtrat durch einen Amtsleiter rechtswidrig sei. Auch wenn der Stadtrat dies beschlossen habe. Auf die bisher gefassten Beschlüsse hätte dies jedoch keinen Einfluss. Vor diesem Hintergrund habe es keinen Sinn gemacht, diese rechtswidrige Praxis fortzusetzen.

Stadtrat Wittmann zweifelt, ob man dies jahrzehntelang rechtswidrig behandelt habe.

Herr Kuch erklärt, dass diese Rechtswidrigkeit bei der Prüfung eines anderen Referates aufgefallen sei und nun künftig richtig behandelt werde.

Auf erneuter Nachfrage von Stadtrat Wittmann stellt Herr Kuch klar, dass hier kein Vertreter gegenüber dem Stadtrat bestellt werde, sondern lediglich rein intern. Somit habe der Stadtrat dies nicht zu beschließen.

Stadtrat Werner bittet künftig um eine Information an den Ausschuss, auch wenn dieser formal nicht für die Zustimmung zuständig sei.

Herr Kuch informiert, dass er nicht über die Information interner Angelegenheiten zuständig sei, sondern die Verwaltungsleitung. Er habe lediglich die Entscheidung aus der Referentenbesprechung formal umgesetzt.

---

Herr Kuch stellt fest, dass es sinnvoll sei, beide Tagesordnungspunkte zusammen zu besprechen, da beide Punkte ebenfalls in einer Vorbesprechung mit den Ausschussprechern im November 2024 behandelt wurden. Herr Kuch stellt auf Wunsch von Stadtrat Grob den Sachvortrag der Beschlussvorlage vor.

Herr Grandmontagne hebt zur Planstellennummer 47049 „Inventarisierung und Registrierung von Objekten, Koordination des Sammlungsmanagements“ hervor, dass diese Stelle formal gesehen in die Kategorie 4 „Freiwillige Aufgaben ohne finanzielle Förderung“ fällt, jedoch vor dem Hintergrund der Eröffnung des MKKD's aus fachlichen Gründen nicht gestrichen werden sollte.

Stadtrat Semmler erachtet die Kriterien der Beurteilung der KW-Stellen generell als zustimmungsfähig, möchte jedoch wissen, ob in der aktuellen Sparsituation der Stadt dieses Verfahren praktikabel sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern informiert, dass die KW-Stellen und die Aufgabenkritik zwei verschiedene Sachverhalte seien. In diesem Ausschuss werde die Beschlussvorlage vorberaten und zur Kenntnis genommen für den Stadtrat.

Stadtrat Grob hebt hervor, dass die fünf eingesparten Stellen im KW-Bereich im nächsten Schritt wieder verteilt werden und zweifelt den Konsolidierungswillen an. Er stellt den Antrag eine Gesamtschau der Planstellen vorzulegen und alles im Oktober zu besprechen. So wisse man, was aus der Aufgabenkritik und den pauschalen Einsparungen zu erwarten sei. Wenn man jetzt diese Beschlussvorlage beschließen würde, gehe man in die Vorleistung, man binde also Stellen, die man eventuell noch kritischer hinterfragen müsse. Aus seiner Sicht gehört die gesamte Stellensituation in einer Gesamtschau dargelegt und in einem Gesamttermin besprochen. Aufgabe des Stadtrates sei es nicht über einzelne Positionen zu diskutieren, sondern die Vorlagen der Verwaltung zu beraten.

Herr Fleckinger informiert, wie bereits angekündigt, dass die Kämmerei nach Vorliegen der vollständigen Anmeldungen aus den Referaten über die Sommerferien hin eine erste Durchrechnung des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltsvornehme werde. Zum Konsolidierungskonzept führt Herr Fleckinger aus, dass neben den freiwilligen Leistungen auch die Pflichtaufgaben zu betrachten seien. Auch bei Pflichtaufgaben bestehen Möglichkeiten, Einsparpotentiale zu generieren, so beispielsweise durch Qualitätsanpassungen und Veränderung von Servicezeiten.- Auch hier sei der Stadtrat als Entscheider einzubinden. Einsparpotenziale könnten neben den Pauschalkürzungen bei den Personalausgaben auch bei den Zuschussleistungen und insbesondere über eine umfassende Aufgabenkritik erreicht werden. Er gehe davon aus, dass aufgrund mit weiter steigenden Ausgaben zu rechnen sei und angesichts der erheblichen Steuermindereinnahmen in diesem Jahr nicht mehr mit einem Haushaltsbeschluss 2026 zu rechnen sei. Im nächsten Finanzausschuss gebe es bereits weitere zusätzliche Ausgabepositionen. Ein vorlagefähiges Gesamtpaket Haushalts- und Finanzplanung 2026 im regulären Beratungslauf Oktober sei in dieser kurzen Vorlaufzeit und der noch völlig unklaren Finanzlage nicht realistisch.

Stadtrat Wittmann führt aus, nicht vorrangig dieses Jahr einen Haushalt für 2026 aufstellen zu wollen, sondern man müsse erst überhaupt einen genehmigungsfähigen Haushalt schaffen, den man spätestens im zweiten Quartal nächstes Jahr beschließen könne. Er geht davon aus, dass im Falle, man könne keinen Haushalt 2026 aufstellen, es auch für die darauffolgenden Haushalte nicht gelingen werde. Stadtrat Wittmann stellt in Frage, ob es realistisch sei, bis 2028/2029 wirklich 600 Mio. Euro Schulden zu haben. Das sei nicht darzustellen bei einem Verwaltungshaushalt, den man jetzt schon nicht ausgleichen könne. Selbst wenn man eine Genehmigung für die Aufnahme der Schulden erhalten würde, sei für die Zukunft bereits die nächste halbe Milliarde Euro Schulden vorgesehen. Das habe es in der Stadt bisher noch nie

gegeben und müsse dringend geändert werden. Er bestätigt Stadtrat Grob, dass die Aufgabe des Stadtrates nicht die Diskussion über einzelne Stellen sei, sondern den Haushalt und den Stellenplan anhand der Vorlage der Verwaltung zu beschließen. Es werde aktuell über die KW-Stellen diskutiert, obwohl man im Oktober alles in ein Gesamtpaket zusammenfassen könne. Im Übrigen erinnert er zur Aufgabenkritik daran, dass es vor zweieinhalb Jahren einen Beratungsauftrag nach draußen gegeben habe, für ca. 300.000 – 400.000 Euro, von dem das Ergebnis bisher nicht vorliege. Bisher habe man von den 22 Mio. Euro Einsparungen gerade einmal 1,43 Mio. Euro eingespart. Es werde von Monat zu Monat schwieriger und er gehe davon aus, dass die 22 Mio. Euro nicht ausreichen werden. Die Frage sei, was man mache, um vorwärtszukommen, hier fehlen die Ansätze. Er stellt den Antrag, beide Vorlagen nicht im Stadtrat zu beschließen, sondern im Herbst in einem Gesamtpaket. So könne man beurteilen, ob die KW-Stellen wie vorgeschlagen richtig definiert seien oder anders vorgegangen werden müsse.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll findet es sinnvoll, die Situation im Gesamtpaket zu besprechen. Jedoch müsse man an die Mitarbeiter denken, deren Stellen zum 31.12.2025 auslaufen. Diese Mitarbeiter seien im Unwissen darüber, was mit ihren Stellen passiere.

Stadtrat Werner erklärt, dass die Beschäftigten, die auf einer KW-Stelle sitzen, Anspruch darauf haben, möglichst schnell Klarheit über ihre Stelle zu bekommen. Er weist darauf hin, dass die vorgelegte Vorlage dem Auftrag des Stadtrates entspreche. Herr Kuch habe zu jeder einzelnen Stelle seitens der Verwaltung Stellung genommen und einen Vorschlag unterbreitet, wie damit umzugehen sei. Bei jeder einzelnen Stelle sei nachvollziehbar begründet worden, warum sie verstetigt, verlängert oder diese eingezogen werden solle. Er habe nichts dagegen das Ganze im Gesamtkontext zu einem späteren Zeitpunkt nochmal zu diskutieren, möchte jedoch, dass die befristeten KW-Stellen für die Mitarbeiter vorab besprochen werden, um diesen Klarheit über ihre Stellen zu verschaffen.

Herr Fischer macht darauf aufmerksam, dass die Kolleginnen und Kollegen deren Arbeitsvertrag bis zum 31.12.2025 befristet sei sich bis zum 31.10.2025 arbeitssuchend melden müssten, soweit vorher nicht über die Verlängerung ihres Arbeitsvertrages entschieden werde. Dem Stadtrat sei ein abgewogenes, gestuftes Modell vorgestellt worden, wie vorangegangen werde. Man setze bei den Einsparvorgaben zunächst die pauschalen Stellenkürzungen um, wo bereits jedes Referat wisse, wie viele Stellen von den insgesamt 75 -80 Stellen eingespart werden müssen. Wobei alle

Meldungen über die Einsparpotenziale des Referates bereits beim Personalreferat vorliegen. Was das Thema Aufgabenkritik betreffe, werde dies nach der vollständigen Umsetzung der Kürzungen angegangen.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, dass heute nur vorberatend diskutiert werde und das ganze nächste Woche im Finanzausschuss mitgenommen werden könne. Bis dahin könne der Personalreferent vorlegen, um wie viele befristete Arbeitsverträge und relevante Stellen es sich handele.

Stadtrat Grob legt großen Wert darauf, dass jeder der bei der Stadt beschäftigt ist, die Sicherheit hat, hier auch weiterhin beschäftigt werden zu können, unabhängig von einem befristeten oder unbefristeten Vertrag. Normalerweise seien KW-Stellen dazu da, um eine vorübergehende Engstelle zu überbrücken, danach würden sie eingezogen. Aktuell habe man eine Engstelle, die so noch nie im Haushalt war. Man solle die Stellendiskussion mit allen Einsparpotenzialen auf den Oktober verschieben und gebe den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Sicherheit, dass keiner Angst um eine weitere Beschäftigung bei der Stadt haben müsse.

Herr Kuch berichtet, dass bei jeder Position angegeben sei, ob es sich um einen befristeten Arbeitsvertrag mit konkretem Datum handele. Er weist darauf hin, dass es um die Verlässlichkeit des Stadtrates gegenüber den Beschäftigten gehe und warnt davor, wortbrüchig zu werden. Durch die vielen Vorgaben und Kürzungen würde man die Teile der Verwaltung verlieren, die man nicht abbauen wolle. Zur Aufgabenkritik erklärt Herr Kuch, dass die Ergebnisse der Prüfung im Juli 2023 dem Stadtrat vorgelegt wurden. Dort seien konkrete Maßnahmen empfohlen worden, die man zum großen Teil bereits umsetzen konnte. Die Aufgabenkritik sei jedoch nicht schlagartig wirksam, um 10 Mio. Euro einsparen zu können.

Herr Fleckinger habe vier Potenziale festgestellt, die 2025 enden. Die Frage sei hierbei, wie man das ganze kommuniziere. Zum Thema „Konsolidiertes Stellenplanverfahren“ diskutiere man seit über zwei Jahren. Aktuell sei man im Personalstand in einer sehr angespannten Situation und gehe davon aus, dass die Personalkosten auch weiterhin so anfallen werden. Man sei bereits im zweiten bzw. dritten Jahr der Konsolidierung. Die Sorge sei groß, weshalb die Kommunikation zwischen Verwaltung, Mitarbeiter und Bürgerschaft verbessert werden müsse. Er versichert, die Verwaltung würde alles tun, um die Aufträge des Stadtrates umzusetzen und jede Möglichkeit suchen, einen ausgeglichenen, vorlagefähigen Haushalt 2026 vorzulegen. Herr Fleckinger bittet um Klärung bezüglich der Verlängerung der KW-Stellen, da KW-Stellen in den haushaltsrechtlichen Stellenplan 2026 eingestellt werden müssen. Die

unbefristeten Mitarbeiter würden weiterhin bezahlt werden. Es sei zu klären, ob man die vier Potenziale, die am 31.12.2025 auslaufen, für den Fall, dass kein Haushalt 2026 rechtzeitig aufgestellt werden kann, weiterhin beschäftigen kann. Zu den Pflichtaufgaben ergänzt Herr Fleckinger, dass diese weiterhin in der jetzigen Qualität zu erfüllen sind.

Herr Kuch erklärt zur zeitlichen Diskrepanz, dass da wo ein Arbeitsvertrag zum 31.12.2025 auslaufe und nicht absehbar sei, ob die Stelle verlängert werde oder nicht, die Person sich somit arbeitslos melden müsse. Er erinnert daran, dass man eine pauschale Kürzung von 76 VZÄ habe und diese nicht alle befristete Verträge haben. Er müsse schauen, dass die Personen, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben, jedoch die Stelle wegefällt anderweitig unterbringen könne. Wenn man dann die befristeten Stellen auch noch verlängere, haben man keinen Spareffekt und die Kosten würden sich nicht ändern.

Stadtrat Wittmann macht klar, dass die Beschäftigten sich darauf verlassen können, dass sie bei der Stadt weiterhin beschäftigt werden können, und zwar so, dass es zu ihnen persönlich passt. Gewisse Veränderungen lassen sich jedoch nicht verhindern. Bei den Befristeten sei es Führungsaufgabe der Verwaltung zu entscheiden, ob man die Leute brauchen kann oder nicht. Vorher könne nichts beschlossen werden, solange die Gesamtsituation nicht bekannt sei. Sparen könne die Verwaltung, wo sie wolle, entscheidend sei, was dabei rauskommt und ob der Finanzreferent damit seinen Haushalt aufstellen könne. Falls Unterstützung bei den Einsparungen der Stellen benötigt werde, sollen diese dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Es solle jedoch nicht einzelne Diskussion über einzelne Stellen geben. Bisher seien unterjährig Stellen geschaffen worden, ohne die die Stadt sonst „zusammengebrochen“ wäre. Herr Kuch habe vorgeschlagen, 220-240 Stellen bis 2028 abzuschaffen. Entweder habe er damals falsches erzählt oder heute. Für die vier befristeten Arbeitsverträge solle man eine Lösung vorlegen.

Herr Kuch erklärt, wenn man von vier befristeten Arbeitsverträgen rede, dann seien es Personen, die auf KW-Stellen sitzen. In Summe habe man zwischen 150 -200 befristete Arbeitsverträge, die in 2025/2026 auslaufen. Es haben sich aufgrund der pauschalen Kürzungen Ängste gebildet aufgrund der pauschalen Kürzungen. Die vorgeschlagenen 200/220 zu kürzenden Stellen seien nur im Kontext mit der Aufgabenkritik zu betrachten. Wenn man alles so mit dem gleichen Aufgabenumfang, der gleichen Qualität und ohne Veränderung an den Prozessen belasse und dann noch Stellen kürze, würde die Stadtverwaltung tatsächlich zusammenbrechen.

Stadtrat Wittmann vertritt deutlich seinen Standpunkt, dass man Stellen beschlossen habe, die man nicht mehr bezahlen könne. Herrn Kuch habe niemand davon abgehalten, nicht schon vor Jahren eine Aufgabenkritik durchzuführen.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, sachlich zu bleiben.

Stadtrat Wittmann bemängelt die Aussage von Herrn Kuch, durch die Aufgabenkritik mehr zu erreichen. Niemand habe verhindert, in den letzten Jahren sparsam Aufgabenkritik zu führen, um nicht mehr Stellen zu benötigen.

Stadtrat Ertl spricht sich für eine Behandlung des Gesamtkontextes im Oktober aus.

Stadtrat Semle legt nahe, auch im ruhigen Ton miteinander deutlich sprechen zu können. Er ist der Ansicht, nicht im Oktober Stellenkürzungen entscheiden zu können, die dann wiederum schnell umgesetzt werden müssen. Das müsse über einen längeren Zeitraum geplant werden. Er schlägt vor, der Vorlage heute zuzustimmen und im Oktober trotzdem eine Gesamtdiskussion zu führen.

Laut Oberbürgermeister Dr. Kern spreche viel dafür, die Situation in den Fraktionen nochmal zu besprechen und nächste Woche im Finanzausschuss weiterzumachen.

Stadtrat Köhler hebt hervor, Vertrauen in die Verwaltung zu haben, die jedes Jahr nach intensiver Prüfung eine Aufzählung der KW-Stellen vorlegt und begründe, ob diese erforderlich seien oder nicht. Er weist Stadtrat Wittmann darauf hin, dass wenn der Stadtrat über einzelne Stellen diskutieren wolle, er das jederzeit tun könne.

Stadtrat Schülter erachtet eine Gesamtdiskussion über die genauen Finanzdaten im Oktober für richtig.

Stadtrat Werner weist darauf hin, der Vorlage heute zustimmen zu können. Wenn jedoch die Gesamtdiskussion seitens der CSU-Fraktion in den Vordergrund gehoben werde, stelle er sich dem nicht entgegen. Wichtig sei, Entscheidungen vor dem 31.10.2025 zu fällen, um Klarheit zu verschaffen und schlägt vor ggf. die vier Fälle vorab im Stadtrat zu entscheiden.

Die Anträge der Verwaltung werden zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.

**Beratend**

- 3 . Errichtung einer viergruppigen Kindertageseinrichtung im Gebäude der Heilig-Geist-Spital-Stiftung, Fechtgasse 1, 85049 Ingolstadt, durch Anmietung der notwendigen Innenräume, sowie einer zusätzlichen Spielfläche auf dem Grundstück der Canisius-Stiftung  
(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Kuch)  
Vorlage: V0145/25**

Einstimmig befürwortet:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem 01.09.2026 die Räumlichkeiten und Außenflächen für den Betrieb einer viergruppigen städtischen Kindertageseinrichtung (zwei Krippengruppen, zwei Kindergartengruppen) in der Fechtgasse anzumieten und bedarfsgerecht auszustatten.
2. Gleichzeitig wird der Betrieb der temporären städtischen dreigruppigen Kindertageseinrichtung „Am Blumenviertel“ in Mailing zum 31.08.2026 eingestellt und das Mietverhältnis der Liegenschaft fristgerecht beendet.
3. Die Planstellen aus der Kita „Am Blumenviertel“ werden ab 01.09.2026 der Kita in der Fechtgasse zugeordnet. Die für die vierte Gruppe zusätzlichen notwendigen Planstellen für 1VZÄ Fachkraft in S 8a und 1VZÄ Ergänzungskraft in S3 werden hiermit für den Stellenplan 2026 geschaffen, sofern dieser Bedarf nicht über bereits vorhandene Planstellen gedeckt werden kann. Eine Besetzung der Stellen ist ab August 2026 möglich.
4. Mit der Essens-Belieferung der Kindertageseinrichtung durch die Heilig-Geist-Spital-Stiftung Ingolstadt zum Selbstkostenpreis besteht grundsätzlich Einverständnis.
5. Die Umsetzung der vorstehenden Beschlüsse steht unter dem Vorbehalt, dass ein entsprechender Mietvertrag zwischen Vermieter und Stadt zustandekommt.

**- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -**